Nach dem **Zweiten Weltkrieg** entwickelten sich nach und nach direkte Beteiligungsformen der EinwohnerInnen, die zunächst in der EinwohnerInneninitiativbewegung eingebunden waren.

Als erste "Bürgerinitiative" wurde 1947 die **Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW)** gegründet. Ausgangspunkt waren die abgeholzten Wälder, deren Holz als Reparationsleistung an die Siegermächte ging und der Bevölkerung als Brennmaterial diente. Betroffene EinwohnerInnen schlossen sich zusammen, um ihre Interessen und Bedürfnisse durchzusetzen.

In den **60er und 70er Jahren** waren es in erster Linie soziale Probleme und Konflikte, die eine Entwicklung hin zu „gemeinwohlorientierten Aktionen" auslösten, wie beispielsweise die StudentInnenbewegung. Bereits 1973 wurden bis zu 50.000 Bürgerinitiativen gezählt.

In dieser Zeit wurden viele der heute gängigen Moderations- und Prozessbegleitungsmethoden entwickelt, so z. B. die Zukunftswerkstatt von Robert Jungk.

Die Entwicklung der Zukunftswerkstatt
"Bei der Entwicklung der Zukunftswerkstatt hat mir ein Schlüsselerlebnis, das ich 1954 in Sizilien hatte, entscheidend geholfen. Und zwar bin ich damals nach Palermo gefahren, um den Sozialreformer Danilo Dolci zu interviewen. Der machte damals einen Hungerstreik, um auf die Unterdrückung der Bauern durch die Mafia in Sizilien hinzuweisen. Er hat also fast drei Wochen lang Hungerstreik gemacht, und die Leute kamen zu ihm, weil sie ihn verehrt haben, und wollten mit ihm sprechen.

Und da habe ich zum ersten Mal erlebt, daß er diesen ganz einfachen Menschen gesagt hat: Jetzt sagt doch mal, wie ihr es eigentlich anders haben wollt! Wie müßte es eigentlich sein, wenn die Mafia euch nicht unterdrücken würde? Und da habe ich zum ersten Mal erlebt, nur dadurch habe ich Vertrauen gewonnen, daß Menschen in einem so schnellen Prozeß überhaupt zum Reden kommen, daß sie es wagen zu reden, daß sie es wagen, etwas zu erfinden.
Da habe ich gesehen, wenn das diese ganz einfachen sizilianischen Landarbeiter und Tagelöhner können, dann müßten es ja auch andere können. Ich dachte damals noch, das sei mit anderen Menschen einfacher. Dann habe ich aber herausgefunden, daß der kulturell belastete Mensch es viel schwerer hat, zu seiner Phantasie zu kommen, als jemand, der nicht soviel Wissen besitzt."

Robert Jungk in einem Interview in: Pädagogik, Heft 6/1992, S. 11f. /Internetquelle: 12.12.2009.

http://www.sowi-online.de/methoden/lexikon/zukunftswerkstatt.htm

In den 80er Jahren mündete diese Entwicklung in einer Selbsthilfe-Bewegung. Den Bürgerrinitiativen ging es nicht mehr um den Protest gegen staatliche Planungen, sondern vielmehr um die Verweigerung gegenüber bloßer Unterrichtung und/oder Anhörung in Planungsverfahren. Dabei meint der Begriff der Selbsthilfe "selbst, ohne Staat, ohne Gängelung, Regelung, Betreuung von 'oben', geistige, materielle, therapeutische Leistungen für ihr eigenes und das Wohlergehen ihrer Mitmenschen zu bewirken" (zit. F. Vilmar, B. Runge, 1986, S. 11).

http://www.sdw.de/.
http://www.bbu-online.de/html/bbu.htm
Vilmar, F., B. Runge, Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, Essen 1986. http://www.ikzm-d.de/infos/pdfs/Partizipation_und_Raumplanung.pdf

Die damit begonnene Etablierung der direkten Beteiligung in politische Prozesse stellte einen Paradigmenwechsel im bundesdeutschen Entwicklungsverständnis dar. (U. Pfenning & Ch. Benning, 2009)
http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_pfenning_benighaus_091218.pdf

Im sozialen und ökonomischen Bereich setzten sich die Gedanken und Methoden zur gemeinsamen Lösung von Herausforderungen schon wesentlich früher durch als in der Kommunalentwicklung. Vor allem in bildungsferneren Lebenszusammenhängen ist es außerordentlich wichtig, dass die Menschen miteinander sprechen und ihre Wünsche, Ideen und ihre Bereitschaft zum aktiven Handeln im kommunalen Entwicklungsprozess berücksichtigt werden. Doch häufig sind es gerade diese Menschen, die schwer in die Prozesse zu integrieren sind.

Wissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, dass sich mittlerweile ein Wertewandel in der Gesellschaft vollzogen hat und die Bereitschaft zu mehr einwohnerschaftlichem Engagement spürbar ist (vgl. Klages/Gensicke 1999 in Bogumil, J.; 2001). Dabei sind zwei Tendenzen in der Beteiligung erkennbar:

- die Beauftragung von Beteiligungsverfahren durch Abbau von Entscheidungsblockaden, Verfahrensbeschleunigungen und Reduzierung der Komplexität sowie
- die "Mit"-Gestaltung zivilgesellschaftlicher Prozesse durch Selbstorganisation und -verwal-tung.

Beide Entwicklungen finden jedoch bis heute nicht ausreichenden Widerhall in den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Die EinwohnerInnen sind in einem viel größeren Maß bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich an kooperativen Entwicklungen ihres Lebensumfeldes zu beteiligen, als Institutionen und Organisationen Gelegenheiten dazu bieten. Entsprechend erfordert der Wandel zu einer breiteren Einwohnerbeteiligung auch den Wandel von einem ordnungsrechtlichen Vorgehen zu einer politischen Management-Dienstleistung der Kommune. Die Kommune wirkt dann nur noch steuernd auf Selbstverpflichtung und einwohnerschaftliches Engagement ein (Bogumil, J.; 2001). Entsprechend haben sich Beratungsstrukturen und –methoden entwickelt, die für zukunftsfähige Entwicklungsziele tragfähige Lösungsansätze mit möglichst vielen Menschen erarbeiten und dabei die schöpferischen Kräfte der Gesellschaft **nutzen**. (Böhm, B., 2000)
(Böhm,B. (2000): Moderation in kommunalen Entwicklungsprozessen – ein Erfolgsfaktor? In: Böde, U.; Gruber, E. (Hrsg.): Klimaschutz als sozialer Prozess – Erfolgsfaktoren für die Umsetzung auf kommunaler Ebene, S. 179ff)

Die EinwohnerInnen werden zu ExpertInnen, und bei guter Organisation und Begleitung dieser diskursiven Prozesse mit entsprechenden Informationsangeboten entwickeln sich Netzwerkstrukturen zwischen Politik, Verwaltung und EinwohnerInnenschaft.

Der Wandel hin zu einer breiteren EinwohnerInnenbeteiligung erforderte seit den 80er Jahren auch den Wandel von einem ordnungsrechtlichen Vorgehen zu einem politischen Management-Ansatz, bei dem die Kommune nur noch steuernd und verwaltend auf die Selbstverpflichtung und das Engagement der StaatsbürgerInnen einwirkt. Die Bundeszentrale für politische Bildung hebt auf ihrer Internetseite hervor, dass der Ansatz einer kooperativen nationalen Umweltplanung bis zur Bildung der rot-grünen Koalition 1998 eine auffallend geringe Rolle gespielt habe. (Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen: Leske+Budrich 2003. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003
http://www1.bpb.de/wissen/07812802649396549661223750596746,2,0,Umweltpolitik.html).

Die breite Einwohnerbeteiligung hat sich in Deutschland inzwischen zur pro-aktiven Teilhabe in komplexen Veränderungsmanagementprozessen und -verfahren entwickelt. Immer häufiger

werden EinwohnerInnenbeteiligungsverfahren versiert erarbeitet und umgesetzt, und fast unmerklich vollzieht sich ein Übergang von Dienstleistungskommunen hin zur EinwohnerInnen- oder BürgerInnenkommune. Sie bestimmen in kooperativen Verfahren nicht nur ihre kommunale Entwicklungsrichtung, sondern auch ihre kommunalen Haushalte, die BürgerInnenhaushalte verwalten.